IHS Political Science Series
Working Paper 73
March 2001

Jacques Delors: Mensch und Methode

Heinrich Schneider

IRIHS Institutional Repository at IHS Vienna

Institut für Höhere Studien
Institute for Advanced Studies
Vienna

INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

Impressum

Author(s):
Heinrich Schneider

Title:
Jacques Delors: Mensch und Methode

ISSN: Unspecified

2001 Institut für Höhere Studien - Institute for Advanced Studies (IHS)
Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien
E-Mail: office@ihs.ac.at
Web: www.ihs.ac.at

All IHS Working Papers are available online:
http://irihs.ihs.ac.at/view/ihs_series/
This paper is available for download without charge at:
https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/1335/

73
Reihe Politikwissenschaft
Political Science Series

Jacques Delors: Mensch und Methode

Heinrich Schneider

73

Reihe Politikwissenschaft

Political Science Series

Jacques Delors: Mensch und Methode

Heinrich Schneider

März 2001

Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna

Contact:

Prof. Heinrich Schneider
Doktorberg 3/4
A-2391 Kaltenleutgeben

Founded in 1963 by two prominent Austrians living in exile – the sociologist Paul F. Lazarsfeld and the economist Oskar Morgenstern – with the financial support from the Ford Foundation, the Austrian Federal Ministry of Education, and the City of Vienna, the Institute for Advanced Studies (IHS) is the first institution for postgraduate education and research in economics and the social sciences in Austria. The **Political Science Series** presents research done at the Department of Political Science and aims to share "work in progress" before formal publication. It includes papers by the Department's teaching and research staff, visiting professors, graduate students, visiting fellows, and invited participants in seminars, workshops, and conferences. As usual, authors bear full responsibility for the content of their contributions.

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 von zwei prominenten Exilösterreichern – dem Soziologen Paul F. Lazarsfeld und dem Ökonomen Oskar Morgenstern – mit Hilfe der Ford-Stiftung, des Österreichischen Bundesministeriums für Unterricht und der Stadt Wien gegründet und ist somit die erste nachuniversitäre Lehr- und Forschungsstätte für die Sozial- und Wirtschafts-wissenschaften in Österreich. Die **Reihe Politikwissenschaft** bietet Einblick in die Forschungsarbeit der Abteilung für Politikwissenschaft und verfolgt das Ziel, abteilungsinterne Diskussionsbeiträge einer breiteren fachinternen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die inhaltliche Verantwortung für die veröffentlichten Beiträge liegt bei den Autoren und Autorinnen. Gastbeiträge werden als solche gekennzeichnet.

Abstract

This working paper, which is based on a lecture at the Institute of Advanced Studies, focuses on the work of a great European: Jacques Delors. His name is connected to milestones of the European integration process: the internal market und the Economic and Monetary Union to just name two. Within this paper Prof. Heinrich Schneider places these projects into a larger context. Although he focuses on biographical details and on the economic-political background of the politics of the "Delors-Commission," he describes in a very convincing manner the visions of Jacques Delors and what became of them.

Zusammenfassung

Dieses Working Paper, dem ein Vortrag am Institut für Höhere Studien vorausging, handelt vom Wirken eines "großen Europäers:" Jacques Delors. Mit seinem Namen verbinden sich Meilensteine der europäischen Integration: Europäischer Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion, um nur zwei zu nennen. Prof. Heinrich Schneider stellt in diesem Paper diese Projekte in einen größeren Zusammenhang. Er berichtet zwar auch über biographische Details und über wirtschaftspolitische Hintergründe und Kontextbedingungen der Politik der Delors-Kommission, aber vergegenwärtigt zugleich auf sehr eindringliche Weise die Visionen von Jacques Delors und was aus ihnen wurde.

Bemerkungen

Prof. Schneider hielt am 25. Jänner 2001 zum Thema: “Jacques Delors: Glanz und Tragik eines großen Europäers” einen Vortrag am Institut für Höhere Studien

Inhalt

1.	**Einleitung: Wie es zu diesem Working Paper kam**	**1**
2.	**Einige Bemerkungen zur Person**	**1**
3.	**Die Ausgangslage**	**5**
4.	**Jacques Delors' "master plan" – und die ersten Schritte zur Umsetzung**	**7**
5.	**Zwei Wenden – und ihre Folgen**	**14**
6.	**Das Nachspiel – oder ein neuer Auftakt?**	**17**
7.	**...und die Methode?**	**18**

1. Einleitung: Wie es zu diesem Working Paper kam

Vor einigen Monaten hielt am Institut für Höhere Studien mein Freund und Kollege Wolfgang Wessels einen Vortrag über Jean Monnet. Dabei fiel in der Diskussion eine missverständliche Bemerkung über Jacques Delors. Das verführte mich dazu, in einem Diskussionsbeitrag anzumerken, ich sähe das (als ehemaliger Inhaber des einzigen Jacques-Delors-Lehrstuhls) ein wenig anders als der vortragende Jean-Monnet-Professor Wolfgang Wessels.

Dies gab wiederum einer Vertreterin des Instituts für Höhere Studien den Anlass zu sagen: das müssen Sie etwas ausführen. Nun denn, das soll jetzt an dieser Stelle geschehen.

2. Einige Bemerkungen zur Person

Jacques Delors kam am 20. Juli 1925 in Paris zur Welt. Er wäre nach eigener Aussage gern Filmregisseur oder Sportreporter oder Modeschöpfer geworden. Aber sein Vater wollte eine "gediegene" Berufsausbildung und so wurde der Sohn "Bankkaufmann."

Von 1944 bis 1962 stand er in Diensten der "Banque de France" (das ist vielleicht schon typisch: nicht in einer Geschäftsbank lernte Delors sich in den Beruf ein, sondern bei der Staatsbank, wie sich das gehört, wenn man sich auf den Weg zu höheren Dingen macht und womöglich auch eine öffentliche Funktion anstrebt.)

Im Jahre 1962 trat Delors in das "Commissariat Général au Plan" ein, bald wurde er dort für "Soziale Angelegenheiten" zuständig.

Vielleicht ist ein kleiner *Exkurs* darüber angebracht, was es mit diesem Dienstgeber für eine Bewandtnis hat. In Frankreich vollzog sich der wirtschaftliche Wiederaufbau nach 1945 weder im Zeichen einer völlig "Freien Marktwirtschaft," noch gemäß den Mustern einer "Zentralverwaltungs-Wirtschaft," sondern im Zeichen eines sehr eigentümlichen Modells.

Das Schlüsselwort hieß "planification." Die Politik des Staates und der Unternehmen entwickelte sich an Hand von mittelfristigen Vorausschauen und zwar "zielorientiert:" (*"wie wir es gern hätten..."*): Die "planification" schillerte gewissermaßen zwischen indikativen und präskriptiven Vorgaben: Die Vierjahrespläne hatten für den öffentlichen Sektor den Charakter von Richtlinien; für die privaten Unternehmungen galten sie als nicht verpflichtende "Orientierungshilfe" – sozusagen als eine die Unternehmensentscheidungen erleichternde "Dienstleistung" des Staates an die Wirtschaft.

Zugleich verband sich damit die Idee der “économie concertée.” Allerdings: Die Regierung wirkt doch auch auf die Wirtschaft ein, um sie zum “plankonformen” Verhalten zu stimulieren: Mithilfe von positiven und negativen Anreizen wie Steuererleichterungen, Kreditvergünstigungen, Vergabe von Fondsmitteln, aber auch Zusatzsteuern bei planwidrigem Verhalten.

In der Nachkriegszeit war es Jean Monnet, der das System ins Werk setzte und jahrelang als Chef fungierte. Sein Nachfolger war Etienne Hirsch, der spätere Euratom-Kommissionspräsident.

Das Plankommissariat war 1945–1953 dem Ministerpräsidenten unterstellt, dann bis 1962 dem Finanz- und Wirtschaftsminister (Superminister!), danach wieder dem Regierungschef.

Zur Erarbeitung der Wirtschaftspläne gab es zwei Arten von sogenannten “Modernisierungskommissionen” mit Roundtable-Charakter, bestehend aus relativ wenigen Beamten, Managern, Gewerkschaftlern und Experten. Die Kommissionsmitglieder wurden vom Chef ausgewählt, also nicht von den Verbänden delegiert (was sie in die Rolle von reinen Interessenvertretern versetzt hätte – jedenfalls sah das Monnet so.)

Eine Art von Kommission (*“vertikale”*) war für die verschiedenen Wirtschaftszweige zuständig (also etwa für Energie, Eisen und Stahl, Chemie, Landwirtschaft usw. bis zum Gesundheitswesen; zunächst auch für die “überseeischen Gebiete” – und nach einer Anlaufzeit gab es auch eine Kommission für das Bildungswesen.

Die anderen *(“horizontalen”)* Kommissionen hatten sich mit Gegenständen wie “Arbeitskräfte,” “Finanzierungs- und Stabilitätsfragen” und dergleichen zu befassen.

In der Dienststelle selbst arbeiteten nur rund 100 Angestellte; aber an der Ausarbeitung der Pläne wirkten etwa 4000 Personen ehrenamtlich mit (in der ersten Phase waren es nur knapp 1000); die Mehrheit bildeten Unternehmer und Manager.

In der Frühzeit der EWG ventilierte die Kommission ähnliche Ideen für die Entwicklung der Wirtschaft im Gemeinschaftsrahmen; das führte bald zu heftigen Kontroversen u. a. zwischen dem ersten Kommissionspräsidenten Walter Hallstein und dem damaligen deutschen Vizekanzler und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard. In Deutschland war es herrschende Meinung, daß erst die 1958 unter Jacques Rueff durchgeführte Währungsreform die französische Volkswirtschaft auf einen dynamischen Kurs gebracht hätte, und man meinte, diese Währungsreform sei von deutschen Erfahrungen inspiriert gewesen. Sie wurde in den spä-

ten fünfziger Jahren, auch im Hinblick auf die Stärkung der französischen Position in der EWG, von de Gaulle autorisiert.[1]

Dieser Exkurs wurde nicht von ungefähr eingeblendet: Von Anfang an waren ordnungspolitische Differenzen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland ein Schlüsselfaktor der EG-Politik, und so blieb das bis heute: man erinnere sich nur an das Tauziehen über die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank einerseits und über die Errichtung eines "gouvernement économique" andererseits...

Aber zurück zur Biographie von Jacques Delors: Im Jahre 1969 wurde er Berater des damaligen gaullistischen Premierministers Jacques Chaban-Delmas und (zeitweise zugleich) Generalsekretär des Interministeriellen Kommittees für Berufsbildung und soziale Förderung. Im Jahre 1973 wurde er Vorstandsmitglied der Banque de France, zugleich übte er eine Lehrtätigkeit an der Universität aus. Im Jahre 1981 wurde er Minister für Wirtschaft und Finanzen, ab 1983 wurden seine Kompetenzen auch auf den Haushalt ausgedehnt.

Von 1985 bis Anfang 1995 war er dann Präsident der EG-Kommission (nachdem Präsident Mitterand nicht bereit war, ihn zum Premierminister zu ernennen.) Daß er einer der bedeutendsten Inhaber dieses Amtes war, wird von niemandem bestritten: 1989 berichtete beispielsweise Newsweek über ihn unter dem Titel: *"Der Zar von Brüssel."*..

Bereits im Herbst 1991 scheitert er jedoch mit seinem Haupt- und Herzensprojekt – die letzten Jahre als Kommissionspräsident waren eine Pflichtübung.

Nach dem Ende der Ära Mitterand gab es Absichten, ihn als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen (vielleicht hätte er mehr Stimmen bekommen als Lionel Jospin..). Aber es wurde nichts daraus. So hatte Chévenement ihn als den Kandidaten der Deutschen bezeichnet. Dies muss ihm arg zugesetzt haben.[2] Hier muss folgendes angemerkt werden: tatsächlich hatte er sich so sehr mit der europäischen Einigung identifiziert, daß er vielleicht nicht mehr in die Rolle eines mitgliedstaatlichen Politikers hineinpasste. Aber natürlich hätte man sich ihn immer noch eher als Sachwalter französischer Interessen vorstellen können denn als einen Anwalt deutscher Interessen...

---

[1] Vgl aus der Literatur z. B.: Eberhard Rhein, Möglichkeiten und Probleme staatlicher Investitionsplanung und der Marktwirtschaft – dargestellt am Beispiel Frankreichs, Köln und Opladen 1960; Plan oder Programm für Europas Wirtschaft?, in: Schriftenreihe des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, Heft 13, Bonn o. J. (1963.)

[2] Ein bisschen erinnert das an Kurt Schumachers Wort, Adenauer – das sei der Bundeskanzler der Alliierten...

Äußere Daten und Fakten, wie die bisher erwähnten, mögen in der Biographie von Jacques Delors wichtig sein; anderes ist jedoch mindestens eben so wichtig:[3]

Delors ist ein Sozialist (oder, wenn man will: Sozialdemokrat.) Aber zunächst war er eine kürzere Zeit hindurch MRP-Mitglied: das waren die französischen Christdemokraten, die Partei Robert Schumans und anderer überzeugter Europäer. Dazu kam das Engagement in der Katholischen Arbeiterjugend: das war die christliche Gewerkschaftsjugend; in Frankreich gab es nicht, wie heute in Österreich oder in Deutschland, eine Einheitsgewerkschaft, sondern Richtungsgewerkschaften.

Die politische Philosophie von Jacques Delors war und ist geprägt vom französischen Personalismus in der Tradition von Emmanuel Mounier. Das war schon in der Zwischenkriegszeit eine linkskatholische Reformströmung, im Zeichen des "dritten Wegs" zwischen Individualismus und Kollektivismus.

Schlüsselbegriffe gerade der von Delors artikulierter Version des Personalismus waren (und sind):

- Föderalismus,
- Subsidiarität,
- Pluralität von Gemeinschaften und:
- Dialog als Methode der Suche nach Übereinkunft: Keine Position kann einen Alleinvertretungs-Anspruch für richtige Lösungen erheben; gegenseitige Anerkennung ist die Basis humaner Politik...

"Föderalismus" – das ist für Deutsche und Österreicher in der Regel ein staatsrechtlicher oder verfassungstheoretischer Begriff; in Frankreich verbindet sich mit ihm allerdings schon seit langem eine anti-etatistische und kritisch-gesellschaftsphilosophische Dimension; mit Rückkoppelungen bis zurück zu Pierre-Joseph Proudhon...[4]

Das Bekenntnis zum Dialog hat übrigens Delors ihn nicht daran gehindert, das, was er als richtig und wichtig betrachtete, mit Verve zu vertreten und zu verfechten. Vor Kontroversen zurückzuscheuen – das war seine Sache nicht. Auch nicht im Umgang mit seinen Kollegen in der Kommission.

---

[3] Zum folgenden: Hartmut Marhold, Föderale Strukturen für Europa? Aktuelle Beiträge zur Debatte in Frankreich, Tübingen 2000, in: Occasional Paper Nr. 23 des Europäischen Zentrums für Föderalismus-Forschung, S. 54ff.

[4] Besonders weit ging in der Nachkriegszeit die Schule des sog. "Integralen Föderalismus," repräsentiert etwa durch Alexandre Marc.

Warum verdient Jacques Delors eine Würdigung seines europapolitischen Wirkens? So daß man vom "Glanz" und von der "Tragik" dieses Wirkens sprechen kann...?[5] Vielleicht sollte sich die Antwort erst aus der Darstellung selbst ergeben... Jedenfalls: er war einer der interessantesten und bedeutendsten Kommissionspräsidenten...

3. Die Ausgangslage

Als Delors sein Amt übernahm, ging es der Integration nicht gut. Man sprach damals von der "Eurosklerose." Der erste waghalsige Anlauf zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), Anfang der siebziger Jahre, war gescheitert. Nach der herrschenden Brüsseler Doktrin war schon damals eine zunächst latente und dann manifest werdende Krise der EWG vorhersehbar. Diese Doktrin besagte: auf die Dauer braucht ein Binnenmarkt eine Wirtschafts- und Währungsunion und in Verbindung damit das, was man seit geraumer Zeit "Politische Union" nennt. Schafft man *nur* einen Gemeinsamen Markt, dann wird er Zentrifugalkräfte auslösen, und sich selbst in Gefahr bringen.

Auch das verdient vielleicht eine exkursartige Erläuterung, da dadurch der politische Ansatz der Politik der Delors-Kommission leichter beurteilt werden kann.

Öffnet man die Grenzen, so strömen die Produktionsfaktoren (vor allem Kapital, aber unter Umständen auch Arbeit) dorthin, wo es die besseren Verwertungschancen gibt: Ballungsräume entwickeln zum Beispiel zusätzliche Anziehungskraft, schwache Regionen werden noch mehr ausgedünnt. Dies bedeutet, daß die Wirtschaftspolitik in "starken" Ländern ganz anders angelegt werden muss als in schwachen. Die Marktintegration provoziert Desintegrationskräfte.

Die Staaten können sich aber nicht mehr voneinander abschotten: Arbeitslosigkeit "schwappt" über die Grenzen, aber womöglich auch Inflation. Der Gemeinsame Markt wird Zerreißproben ausgesetzt – wenn man nicht gemeinsam gegensteuert. Um es mit einem simplen Beispiel zu erläutern: Wenn in Deutschland Hochkonjunktur herrscht, wird der Diskontsatz erhöht, um die Konjunktur zu drosseln. Das Resultat: Kredite werden teurer, Unternehmer schrauben ihre Expansionspläne etwas zurück. Besteht aber die Zahlungs- und Kapitalmarktfreiheit, dann strömt Geld nach Deutschland, denn die D-Mark ist eine "gute" Währung, und man bekommt höhere Zinsen für sein Geld.

---

[5] Die Einladung zu der Vortragsveranstaltung, die diesem Working Paper vorausging, gab als Titel an: Jacques Delors: Glanz und Tragik eines großen Europäers."

Um dem Geldabfluss nach Deutschland entgegenzuwirken, sind dann die Nationalbanken der Partnerländer genötigt, ihre Zinssätze ebenfalls hinaufzusetzen – und zwar auch dann, wenn eine solche Kreditverteuerung für die heimische Wirtschaftslage gar nicht gut ist.

Unter solchen Umständen wird man vielleicht da und dort die Neigung verspüren, den gemeinsamen Kapitalmarkt wieder abzubauen – oder aber man kam auf die "offensive" Idee: brechen wir die Zinsdiktatur der Frankfurter Bundesbank, indem wir sie in eine gemeinschaftliche Zentralbank einbinden... Eben das war in den Augen so mancher ein Schlüssel-Argument für die Währungsunion – also für das Projekt, auf die kritische Lage mit einem Mehr an Integration zu reagieren.

Daraus lässt sich schließen: Ein Gemeinsamer Markt ohne WWU ist problematisch.

Aber noch etwas gehört in diesen Überlegungskreis: Wenn eine WWU geschaffen wird, dann eben zu dem Zweck, *eine* in sich widerspruchsfreie Wirtschafts- und Währungspolitik zu entwickeln und durchzusetzen. Das wird nur gegen das Widerstreben mancher mitgliedstaatlicher Regierungen und gesellschaftlicher Kräfte möglich sein: Eine Stabilitätspolitik nach deutschem Muster müsste gegen das Widerstreben von vollbeschäftigungsorientierten Länder durchgesetzt werden, eine Vollbeschäftigungspolitik umgekehrt gegen das Widerstreben jener Regierungen, die der Geldwertstabilität Vorrang geben. Kompromisse würden vermutlich weder da noch dort klare Zustimmung finden...

An dieser Stelle muss angemerkt werden, daß ich soeben auf Max Webers Macht-Definition Bezug genommen habe: "Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht..."

Wenn in einer WWU eine kohärente Wirtschaftspolitik auch gegen Widerstreben durchgesetzt werden muss, dann heißt dies: die Gemeinschaftsorgane müssen über entsprechende Macht verfügen. Zugleich muss jedoch diese Macht Legitimitätserfordernissen genügen. Dies bedeutet: Die WWU benötigt eine politische Stärkung der supranationalen Verantwortungsträger.

Dies war gemeint, wenn im ersten WWU-Plan schon 1970 zu lesen war, die Wirtschafts- und Währungsunion brauche die Politische Union, und sie sei zugleich ein Ferment ihrer Errichtung. Aber, wie gesagt, nicht nur der erste Anlauf zur WWU, sondern auch zur Politischen Union war gescheitert. Seither ging es mit der Integration in einigen zwar wichtigen, aber wenig spektakulären Bereichen weiter (etwa mit der Rechtsangleichung.)

Zudem gab es Erweiterungsschübe – aber eben das vergrößerte die Diskrepanz zwischen starken und schwachen Ländern und Regionen.

Hinzu kam, daß die Kommission sich für verpflichtet hielt, die vier Freiheiten des Gemeinsamen Marktes durchzusetzen, auch in sensiblen Bereichen – bis hin zum Fernsehen oder zur Buchpreisfreigabe (um nur bekannte neuere Beispiele zu nennen.)

Das brachte sie in den Ruf, ohne Rücksicht auf Verluste überall hineinregieren zu wollen.

Die Mitgliedstaaten (ihre Regierungen und Bürokratien) reagierten mit Unmut und mit Bemühungen, die Brüsseler Initiativen unter ihre Kontrolle zu bringen (was auf die zunehmende Fesselung oder Rückbindung der Kommissionsaktivitäten durch das System der "Komitologie" hinauslief.)

Andererseits merkten diverse Interessengruppen, daß die Brüsseler Politik ihnen je nach Ausrichtung nützen oder schaden konnte, und sie versuchten, sich auch ins Spiel einzubringen.

Dies führte zu einer schwer durchschaubaren Kombination von intergouvernementalen, neokorporatistischen, technokratisch oder zentralistisch anmutenden und anderen Interaktionsmustern und Willensbildungssträngen;

- mit starken Lähmungstendenzen,
- mit Grauzonen der Verantwortlichkeit und fortschreitender Unerkennbarkeit des Zusammenhangs,
- und im Geruch eines massiv wachsenden Demokratie- und Legitimitätsdefizits.

Die Integration verlor ihren "sex appeal," und die Beteiligten die "Lust." Eben dies erhielt das Etikett "Eurosklerose." Und genau damit mußte sich die Delors-Kommission auseinandersetzen.

4. Jacques Delors' "master plan" – und die ersten Schritte zur Umsetzung

Als die Delors-Kommission 1985 ihr Amt antrat, hatte es schon einige Initiativen gegeben, die das "Schiff wieder in Fahrt" bringen sollten:

- Mehrheitsabstimmungen im Rat wurden wieder üblich;
- das Europäische Parlament hatte versucht, ein Verfassungsprojekt zu lancieren;
- im Europäischen Rat schien die Blockade wichtiger Angelegenheiten zu Ende zu gehen (Stichwort: Agrarreform, Finanzreform).

Gleichwohl: Die neue Equipe wußte, daß neue, starke Impulse nötig waren, sollte die Krise überwunden werden.

Delors entwickelte mit seinen Kollegen ein Strategiekonzept, dessen Endziel nicht von vorn herein offen ausgeschildert wurde. Aber: Wer hören wollte (und wer sich in der Integrationslogik ein wenig auskannte), dem konnte nicht verborgen bleiben, um was es ging.

Delors konstruierte sozusagen eine "Dreistufenrakete," mit folgenden Komponenten:

- Vollendung des Binnenmarktes,
- Behebung der Probleme der Agrarpolitik, der Strukturpolitik und der Finanzierung,
- Realisierung der Wirtschafts- und Währungsunion und politische Überbaukräftigung in föderaler Perspektive.

Die Proklamation des Binnenmarktprojekts diente zum einen dazu, die Wirtschaft zu mobilisieren. Eben dazu entwickelte Delors eine bemerkenswerte Strategie, die mit dem Stichwort "Cecchini-Bericht" verbunden ist. Das war das Kennwort für eine Studie, die der Öffentlichkeit belegen sollte: der Verzicht auf die vollständige Durchsetzung der vier Freiheiten des Binnenmarktes führt zu einem wirtschaftlichen Wachstumsverlust von 4,5% des Sozialprodukts. Vielleicht erinnern sich einige von uns, daß es damals auch in Österreich eine Studie über den Binnenmarkt mit ziemlich demselben Resultat gab: das Buch von Fritz Breuss und Stankovsky. Aber die österreichischen Autoren benützten die gängigen Verfahrensweisen Prognosekalkulation.[6]

Das im Auftrag von Delors operierende Team ging anders vor: Es befragte die Vorstände von rund 11.000 Großunternehmen in den EG-Ländern, wie sie die Perspektive der wirtschaftlichen Entwicklung unter der Voraussetzung einer Vollendung des Binnenmarkts sähen. Das war ein genialer Trick. Die Unternehmer und Manager wurden wach. Sie hörten das Gras wachsen und entschlossen sich, ihre Unternehmenspolitik auf den Binnenmarkt hin auszurichten, also die Realisierung des Projekts in ihrer Planung zu antizipieren. Denn daraufhin mussten sie, wollten sie sich mit ihren Entscheidungen nicht blamieren, alles daran setzen, daß der Binnenmarkt auch wirklich zustande kam. In diesem Sinne setzten sie ihre Regierungen unter Druck (etwa im Sinn von: "A*lso wie ist das mit dem Binnenmarktprojekt..? Vorwärts! Wird's bald?!")*

Delors hat auf diese Weise "die Wirtschaft" (von den Banken und Versicherungen bis zu Philips in Eindhoven) als Verbündete gewonnen und mobilisiert. Daß er die "Vollendung des Binnenmarktes" – die erste Stufe seiner Strategie – so in den Vordergrund rückte, war auch

---

[6] Siehe Fritz Breuss / Jan Stankovsky, Österreich und der EG-Binnenmarkt, Wien 1988.

noch in anderer Hinsicht klug. Das Projekt klang unmissverständlich nach “Deregulierung,” also “negativer” (das Feld den Markkräften freigebender) Integration. Damit konnten die an sich vorprogrammierten britischen Widerstände unterlaufen werden.

Die Premierministerin Mrs. Thatcher war zwar massiv gegen jede Vertiefung der Integration, hatte aber schon 1984 verlauten lassen, zugunsten von Deregulierungsprogrammen sei sie für die Einführung des Mehrheitsentscheids zu haben. Delors nahm sie beim Wort.

Daß er allerdings von vorn herein weit mehr als nur “das größte Deregulierungsprojekt in der Integrationsgeschichte” auf den Weg bringen wollte (so nannte man seinerzeit die Binnenmarktinitiative), hat er später unverhohlen zugegeben.

Tatsächlich wurde dieses Projekt, als es in eine EG-Vertragsreform umgesetzt wurde, auch sogleich mit flankierenden und ergänzenden Vorhaben keineswegs deregulierenden Charakters verknüpft. Die “Einheitliche Europäische Akte” (1986/87) sah neben Weichenstellungen zur Vollendung des Binnenmarktes (einschließlich der entsprechenden prozeduralen Erleichterungen wie der Mehrheitsabstimmung im Rat) auch

- Bestimmungen zur Forschungs- und Technologiepolitik,
- zum Umweltschutz;
- zur Überwindung von Entwicklungsdisparitäten;

und zu weiteren Schritten in Richtung auf die WWU vor.

Zugleich erhielt die “Europäische Politische Zusammenarbeit” erstmals eine vertragliche Grundlage, und es wurde die Absicht ausgesprochen, sie künftig zu einer gemeinsamen Außenpolitik weiterzuentwickeln. Das entsprach der hergebrachten Strategie, Reformpakete zu schnüren, die Bedenken einzelner Staaten gegen bestimmte zentrale Vorhaben ausgleichen konnten.

Gleich nachdem die Sache über die Bühne gebracht war, wurde das sogenannte “Delors-Paket” zur Finanzierungsreform präsentiert, mit dem Hinweis darauf, daß nur auf diesem Weg die eben gefassten Entschlüsse zum gewünschten Erfolg führen könnten.

Nach langwierigen Verhandlungen segnete der europäische Rat die Sache ab.

Aber alsbald kam das nächste Thema auf die Tagesordnung, im Zeichen des Stichworts “Europäische Zentralbank.” Auch das war eine hoch intelligente Taktik. Inzwischen hatte die Stärke der DM und der Bundesbank in etlichen Staaten Besorgnis ausgelöst. Die Klage über die “Frankfurter Währungsdiktatur” war geläufig, und die Aussicht auf eine Einbindung der Deutschen in eine Währungsgemeinschaft populär (daß man sich in manchen Zentralban-

ken von der Zinspolitik der Deutschen Bundesbank unter Druck gesetzt fühlte, wurde ja oben schon erwähnt.)

Die Diskussion brachte eine Neuauflage der Auseinandersetzung über die "Lokomotiv- oder Krönungsfunktion" einer gemeinsamen Währung.[7] Von Seiten Deutschlands wurde signalisiert, daß man der zügigen Realisierung der Währungsunion etwas abgewinnen könne, wenn die Währungsstabilität ebenso verlässlich gesichert würde wie durch die Bundesbank. Daraufhin wurde eine Sachverständigengruppe beauftragt, einen neuen WWU-Plan zu entwickeln. Delors selbst übernahm den Vorsitz. Zum Erstaunen vieler stellte sich heraus, daß der Plan dann ein klares Votum zugunsten der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank nach deutschem Muster enthielt. Das war kein Wunder, wenn man bedenkt, daß die Gruppe mehrheitlich aus den nationalen Zentralbankchefs bestand, denen ihr deutscher Kollege seine starke Position (nämlich die Weisungsfreiheit gegenüber dem Finanzminister) in den schönsten Farben schilderte. So etwas wünschten sie sich auch!

Der Zug wurde auf die Schiene zur WWU gestellt. Die grundlegende Weichenstellung vollzog der Europäische Rat noch im ersten Halbjahr 1989 (deutlich vor der ost-west-politischen Wende). Für Sachkundige war klar, daß es nicht nur um eine gemeinsame Währung ging. Schon 1988 hatte Delors unmissverständlich erklärt, nach der Vollendung des Binnenmarktes werde die Gemeinschaft eine "europäische Regierung" brauchen, und man müsse also dann zumindest den Grundstein dafür legen, weil noch in den neunziger Jahren "80 Prozent der Wirtschaftsgesetzgebung, vielleicht auch der steuerlichen und sozialen" nicht mehr autonom von den Mitgliedstaaten entschieden werden konnte.

Delors hatte sich, 1986/87, hierzu auch noch einmal die Zusammenhänge analytisch durcharbeiten lassen mit einem markanten Ergebnis:

– die damals bereits gefassten Beschlüsse zur Süderweiterung und zur Vollendung des Binnenmarktes würden eine so starke Dynamik (vor allem auch zentrifugalen Charakters) auslösen, daß zu ihrer Bewältigung (also zur Vermeidung der Desintegration) tiefgreifende Stabilisierungsmaßnahmen einschließlich der Wachstumssicherung und eines solidarischen Lastenausgleichs unumgänglich würden;

---

[7] Das war schon im Zuge des ersten Anlaufs zur WWU ein kontroverses Thema gewesen. Den Deutschen war die Sicherung einer gemeinsamen (möglichst stabilitätsorientierten) Wirtschafts- und Finanzpolitik am wichtigsten, und wenn diese in Aussicht stand, konnte man sozusagen die Vorteile der gemeinsamen Währung gleichsam "mitnehmen." Die Franzosen wollten mit der gemeinsamen Währung anfangen und argumentierten, es würde dann schon zu einer wirtschaftpolitischen Konvergenz kommen. Die Deutschen zeigten demgegenüber Skepsis, auch weil dann wohl die Gemeinschaftswährung zunächst einmal von "mittlerer" Härte sein würde, also jedenfalls weicher als die Deutsche Mark.

- das erfordere eine Stärkung der Gemeinschaftspolitiken: Dringend wünschenswert sei die Vergemeinschaftung der Disposition über "wesentliche öffentliche Güter wie Verteidigung, Recht und soziale Sicherheit";

- käme es nicht dazu, dann würde es die EG schwer haben, Verteilungskonflikte zu bewältigen. Eine gemeinschaftliche Zuständigkeit z. B. für die Verteidigung käme der Chance der Gesamtstabilisierung des politischen Gemeinschaftssystems zugute.[8]

Im Klartext bedeutet dies: Übernimmt die Gemeinschaft in den Augen der Bürger die Garantie für die innere und äußere Sicherheit, dann stärkt das massiv ihre Akzeptanz und ihre Legitimität. Dann kann sie zielstrebiger und relativ unangefochten Politik machen...

Mit anderen Worten: seine Berater legten dem Kommissionspräsidenten nahe, sich um eine "Vergemeinschaftung" der inneren und äußeren Sicherheitspolitik zu bemühen. Und zwar nicht erst in Reaktion auf die, nach dem Ende des Kalten Krieges akut werdenden neuen Sicherheitsprobleme, die dann zur Einführung der Zweiten und der Dritten Säule in die Maastrichter Vertragskonstruktion führten, sondern weit zuvor.

Tatsächlich hat sich die Delors-Kommission 1990 sogar darum bemüht, den Vertragsartikel über die automatische gegenseitige Beistandspflicht, den Artikel 5 des Vertrags zur Gründung der Westeuropäischen Union (WEU), in den Maastrichter EU-Vertrag zu übernehmen – das hätte die EU sozusagen auch zu einer neuen Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) gemacht. Wer mit den seit Jahrzehnten maßgeblichen Integrationsleitbildern vertraut war, mußte erkennen:

- Delors ging es nicht nur um die Entwicklung der WWU, sondern einer Politischen Union föderalen Charakters (er sprach auch, z.B. im Januar 1990, ganz offen von der "künftigen Föderation");

- seine Politik zielte auf eine Qualitätsänderung des Gesamtsystems ab. Gleich ob die erstrebte "Europäische Union" formell "föderal" oder "bundesstaatlich" oder wie immer bezeichnet werden mochte – der Sache nach sollte es sich erstens um die Überwindung des relativ unbestimmten Schwebezustandes handeln, der aus der von Anfang an labilen Kombination international-kooperativer (intergouvernementaler) und supranational-föderaler Komponenten des Integrationssystems resultierte.

---

[8] Der sogenannte Padoa-Schioppa-Bericht wurde später unter dem Titel "Effizienz, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit" auch als Buch veröffentlicht (Wiesbaden 1988.) Die oben wiedergegebenen Empfehlungen finden sich, nicht ganz so simpel formuliert, aber doch der Sache nach unmissverständlich, im Begleitbrief des Vorsitzenden der Studiengruppe Tommaso Padoa-Schioppa (heute Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank) an den Kommissionspräsidenten vom 10. April 1987.

Der ganz am Anfang der Integration von den Gründervätern (Konrad Adenauer, Joseph Bech, Alcide de Gasperi, Jean Monnet, Robert Schuman...) ins Auge gefasste Aufbau eines föderalen politischen Gemeinwesens sollte den entscheidenden Schritt vorangebracht werden.

Zum anderen aber ging es Delors um die Wiederherstellung des Primats der Politik im System der Integration. Im Vorfeld der Römischen Verträge von 1957 waren ja zwei folgenreiche strategische Entscheidungen gefallen: Erstens war die Wirtschaftsintegration zur Hauptsache gemacht worden und zweitens hatte man sie primär als Marktintegration programmiert. So wurde sie zu einem Unternehmen, das dem katholischen Personalisten (und Sozialdemokraten) Delors nur als eine Art Transitorium sinnvoll erscheinen konnte: zu einem Unternehmen, das, wenn man die Sprache des derzeitigen Papstes verwendet, in den Irrweg des "Ökonomismus" geraten ist.[9]

Erstmals seit der Hallstein-Zeit orientierte sich die Kommissionspolitik in der Ära Delors an einem Leitbild, das nicht nur den erwähnten Schwebezustand hinter sich ließ, sondern auch die seit der Entscheidung für das EWG-System maßgebliche Verhältnisbestimmung von Politik und Wirtschaft. Wie gesagt: in einem sehr spezifischen Sinn sollte der Primat der Politik (wieder-)hergestellt werden. Für Jacques Delors mußte das ein gesellschafts- und verfassungspolitisches, ja geradezu ein moralisch-politisches Anliegen gewesen sein:

Vor Missverständnissen muss jedoch gewarnt werden:

- erstens bedeutete der für die Politik der Delors-Kommission so charakteristische Leitbildwandel nicht die Infragestellung der Wirtschaftsintegration und ihrer Grundlage im Gemeinsamen Markt, sondern allenfalls die Fortbildung zu einer gemeinschaftlichen "sozialen Marktwirtschaft;"

- zweitens darf man das Engagement für die Etablierung einer föderalen Gemeinschaftsordnung nicht mit der Befürwortung oder gar mit der gewollten Etablierung eines verkappt oder offen unitarischen Zentralstaates, womöglich gar ausgestattet mit supranationaler Kompetenzkompetenz, gleichsetzen – im Gegenteil. Das wird klar, wenn man sich seine consoziativ-föderale, nicht-etatistische politische Grundphilosophie vergegenwärtigt.[10]

---

[9] "Ökonomistisch" ist für Johannes Paul II: ein System, in dem Markt- oder Plansteuerungsmechanismen den Vorrang vor der Person und vor dem Miteinander der Personen haben; mit Habermas zu reden: Ein System, in dem die Systemintegration die Lebenswelt kolonialisiert. Siehe: Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, I/II Frankfurt/Main 1981.

[10] Siehe die diesbezüglichen Bemerkungen oben, unter Bezugnahme auf Hartmut Marhold aaO., 2000, s. Anm. 4.

Im übrigen hat es den Anschein, daß Delors, als die Verhandlungen konkret wurden, lediglich eine verbindliche Einigung auf ein föderales Zukunftsleitbild anstrebte, (noch) nicht aber dessen unmittelbare Umsetzung in Form von Vertragsbestimmungen zur qualitativen Neugestaltung des Systems der Institutionen und Befugnisse.

Trotzdem: im Grunde war diese Konzeption damals mehr als kühn. Schon fast 20 Jahre vorher war das erste WWU-Projekt gescheitert – und dies zu einer Zeit, da die Strukturdisparitäten innerhalb der EG noch weit weniger weit gingen als nach den Erweiterungen.

Was mag die Kommission bewogen haben, das Vorhaben für aussichtsreich zu halten?

Einige kumulierbare Antworthypothesen bieten sich an:

- Erstens war es, wie erwähnt, seit geraumer Zeit sozusagen herrschende EG-Lehre, daß ein europäischer Binnenmarkt auf Dauer eine Wirtschafts- und Währungsunion zu seiner eigenen Konsolidierung benötigt; inzwischen war klar, daß die Unternehmungen und die Regierungen den Binnenmarkt und seinen Fortbestand bejahten, daß sie sich sozusagen seinen Zusammenbruch weder leisten wollten noch konnten, und daß man daher mit der Bereitschaft, sich diesen Bestand etwas kosten zu lassen (auch politisch), rechnen durfte.

- Zweitens gab es damals klare Signale von politischen Parteien (vor allem von den europäischen Parteienföderationen der Christdemokraten und der Sozialdemokraten) zugunsten der Fortführung der politischen Einigung. Nicht nur die Straßburger Parlamentsfraktionen waren in diesem Sinn Verbündete der Kommission.

- Drittens waren die in den zentralen Mitgliedstaaten maßgeblichen wirtschaftspolitischen Leitbilder miteinander leichter vereinbar als in den Jahren um 1970; insbesondere in Frankreich hatte der damalige Finanzminister in den frühen achtziger Jahren dem Präsidenten klar gemacht, daß Wachstum und fortschrittliche Politik Geldwertstabilität nötig hat (der Präsident hieß damals Francois Mitterand, und der Finanzminister – Jacques Delors...).

- Viertens gab es auch darüber hinaus einen breiteren Konsens über die Geschäftsgrundlagen des Projekts; die Deutschen insistierten auf der Sicherung der Geldwertstabilität, die Partner entsprachen dem, indem sie das deutsche Zentralbankmodell akzeptierten. Klar war, daß das Vorhaben trotzdem oder gerade deshalb kostspielig werden würde: schwächere Mitgliedstaaten mußten Schwierigkeiten haben, den von Bonn und Frankfurt gewünschten Stabilitätskurs mitzutragen. Offenkundig müsste man ihnen dabei helfen und zumindest entsprechende Anstrengungen honorieren. Das führte dann im Unionsvertrag zum “Kohäsionsfonds;” und es war kein Geheimnis, daß der Löwenanteil der entsprechenden Alimente von

Deutschland aufgebracht werden müsste. Für die Deutschen war das akzeptabel, sofern sie diese Leistungen sozusagen als "Prämienzahlungen" für eine "Binnenmarkt-Bestandsversicherung" verstehen konnten.

Aber nun erst kommt die Hauptsache, die die ganze Angelegenheit so spannend macht:

5. Zwei Wenden – und ihre Folgen

Mochten die soeben genannten Umstände immerhin als ermutigend erscheinen – es kam noch ein fünftes Moment hinzu, mit dem wenige Monate zuvor niemand gerechnet hatte, und das die europapolitische Situation grundlegend veränderte.

Im Herbst 1989 fiel die Berliner Mauer. Die deutsche Frage wurde in einem ganz neuen Sinn aktuell. Verschiedenen europäischen Staats- und Regierungschefs beiderlei Geschlechts verschlug das zunächst die Sprache. Präsident Mitterand hatte erst kurz vorher einen Staatsbesuch in Ostberlin unternommen, als die SED noch die Staats- und Regierungsspitze stellte. Was Margret Thatcher von der Sache hielt, kann man in ihren Memoiren nachlesen.

Jacques Delors fand die Sprache relativ schnell wieder, nämlich am 17. Januar 1990.

Am selben Tag bemühte sich Bundeskanzler Kohl mit einer Rede in Paris, französische Befürchtungen vor einem größeren und damit mächtigeren Deutschland vor einem neuen "Sonderweg" zu zerstreuen:

- man könne demnächst eine "Vertragsgemeinschaft" mit der DDR entwickeln;
- vielleicht auch an "konföderative Strukturen" denken, mit einer stufenweisen Verstärkung der Zusammenarbeit;
- "wie Deutschland am Ende dieses Prozesses aussehen wird, vermag heute niemand zu sagen,"
- aber die Bundesrepublik stehe auch weiterhin "zu ihrer europäischen Verantwortung," ein "rückwärts gewandter Nationalismus" komme nicht in Frage, auch wenn die Entwicklung im Osten Europas "die nationalen Identitäten wieder stärker zum Tragen bringt," zumal Europa "vielfältiger, auch umfassender" werde.[11]

Am selben Tag hielt Jacques Delors eine Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, die folgende wesentliche Punkte enthielt:

- die Ostdeutschen hätten, falls sie das wünschen, ihren Platz in der EG;

---

[11] Text der Rede Helmut Kohls in: Europa-Archiv 4/1990, S. D 108ff.

- "in welcher Form die "freie Selbstbestimmung" stattfinden wird, das sei "in erster Linie Sache der Deutschen";
- es sei zwar durchaus ein Anliegen der Gemeinschaft was da geschehen werde: "die Annäherung der beiden deutschen Staaten oder die Einigung des deutschen Volkes" – sei aber "in erster Linie Sache der Deutschen selbst."[12]

Das war lange bevor es ähnliche Aussagen anderer europäischer Politiker gab, und insofern mehr als mutig. Delors wußte: es galt unbedingt zu verhindern, daß die Deutschen oder ihre Partner auch nur virtuell vor eine Alternative von nationaler oder europäischer Orientierung Deutschlands gestellt würden.

Der deutsche Bundeskanzler Kohl begriff sofort; die Wendungen über die Vertragsgemeinschaft, die eventuelle Konföderation und dergleichen wurden unverzüglich ad acta gelegt. Die seit Anfang der Integration motivkräftige Idee, das "deutsche Problem" könnte am besten dadurch gelöst werden, daß man das deutsche Potential in einen größeren Verbund einfügt und dadurch den Teufelskreis von Hegemoniefurcht vor Deutschland und den Einkreisungskomplex der Deutschen ein für allemal erledigt, gewann plötzlich neue Aktualität und Gewicht. Nun würde Deutschland größer und stärker werden, hielt man ja nach der Wende allgemein die DDR für einen modernen, hochproduktiven Industriestaat.

Dies legte es nahe, das Gefüge der Einbindung strukturell zu verstärken und so "Gefahren," die aus der neuen Potenz der Deutschen resultieren könnten, von vorn herein entgegenzuwirken. Delors, Kohl und Mitterand dachten offenbar in dieser Perspektive, und für die beiden Regierungschefs war das ein Anlass, sozusagen dem Unionsprojekt eine neue Lokomotive vorzuspannen. Sie plädierten dafür, neben der Regierungskonferenz zur WWU auch noch eine weitere "über die Politische Union" einzusetzen.[13]

Das wurde denn auch auf dem Dubliner Sondertreffen des Europäischen Rates am 28. April 1990 beschlossen, zusammen mit einer demonstrativen Bejahung der Vereinigung Deutschlands, und zwar "unter einem europäischen Dach."

Dies waren die Umstände, die dem von Delors vertretenen "föderalen" Leitbild für die Europäische Union Chancen zu geben schienen. Entsprechende Hoffnungen waren jedoch zu optimistisch. Selbst eine vage Andeutung der "föderalen" Perspektive wurde in den Ver-

---

[12] Text der Rede Jacques Delors in: Ebd., S. D 269ff.

[13] Diese sollte Vertragsbestimmungen ausarbeiten, die dem Zweck zu dienen hätten, "die demokratische Legitimation der Union zur verstärken, die Institutionen effizienter auszugestalten, die Einheit und Kohärenz der Aktion der Union in den Bereichen der Wirtschaft, der Währung und der Politik sicherzustellen" sowie "eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik festzulegen und in die Tat umzusetzen." So Kohl und Mitterand in ihrem Brief an den damals amtierenden Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Haughey, vom 18. April 1990; Text in: Europa-Archiv ebd., S. D 283f.

tragsverhandlungen von den Briten massiv zurückgewiesen. Dennoch gab es Bemühungen, bestimmte, mit dem Begriff der "Politischen Union" verbundene Vorstellungen, in die Vertragsverhandlungen einzubringen. Versuche, die innere und die äußere Sicherheitspolitik zu Gemeinschaftsaufgaben zu machen, wie das den erwähnten Empfehlungen Padoa-Schioppas entsprochen hätte, blieben allerdings erfolglos.[14]

Die luxemburgische Präsidentschaft legte einen Vertragsentwurf vor, der erstmals die bekannte "Dreisäulenkonstruktion" enthielt; demzufolge sollten die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ("GASP) sowie die innen- und justizpolitische Zusammenarbeit gerade **nicht** vergemeinschaftet werden. Die Deutschen signalisierten, das sei ihnen zu wenig. Daraufhin legte die niederländische Präsidentschaft im Herbst 1991 einen Entwurf des Maastrichter Vertrags vor, der den Vorstellungen von Delors in den Grundzügen entsprach.

Aber am "schwarzen Montag" im September 1991 fiel dieser Entwurf mit Pauken und Trompeten durch. Nur Belgien gab ihm, außer der Kommission, Unterstützung. Zur Enttäuschung der Befürworter ließen sogar die Deutschen die Präsidentschaft im Stich.

Damit war das von Delors Politik seit seinem Amtsantritt als Kommissionspräsident zugrundegelegte Leitbild sozusagen abserviert. Das war, ein knappes Jahr nach der glückhaften Wende in den Ost-Westbeziehungen, die andere, die in der Perspektive von Delors und seinen Mitstreitern geradezu tragische europa-politische Wende...

Von einem Augenzeugen habe ich erzählt bekommen, daß an diesem Tag Jacques Delors aschfahl ausgesehen und wie ein gebrochener Mann gewirkt hätte.

---

[14] Im April 1991 hatte die Luxemburger Präsidentschaft das Drei-Säulen-Leitbild präsentiert; die Niederlande, Belgien und die Kommission fanden das enttäuschend. Wenige Wochen später unterbreitete die Kommission einen Alternativvorschlag, der auch die zwei neuen "Säulenmaterien" in eine einheitliche Gemeinschaftsstruktur einbezog und die föderale Finalität proklamierte (beides löste den Widerspruch Frankreichs, Großbritanniens und Dänemarks aus.) Deutschland machte sich noch im Herbst 1991 für eine "föderale Verfassung" stark und kritisierte an der Position Luxemburgs, daß sie dem Erfordernis "einer einheitlich verfassten und von einem einheitlichen institutionellen Rahmen verklammerten Europäischen Gemeinschaft" nicht hinreichend entspreche (vgl. Lutz G. Stavenhagen, Durchbruch zur Politischen Union: Vor dem Maastrichter Gipfel, in: integration, Jg. 1991, S. 143ff. Der Autor war damals deutscher Staatsminister.) So fühlte sich die niederländische Präsidentschaft im September 1991 zur Vorlage eines Neuentwurfs ermutigt, der u. a. wieder alle neuen Aufgaben der "Gemeinschaft" zuschrieb und eine erhebliche Befugniserweiterung des Parlaments vorsah. Aber die Deutschen ließen es an der erwarteten Rückendeckung fehlen – zwar wäre der Entwurf ohnehin kaum konsensfähig gewesen, aber die Autoren hatten damit gerechnet, einen "fortschrittlicheren" Kompromiss erzielen zu können. Nun mussten sie ihren Entwurf zurückziehen, und dies besiegelte das weitgehende Scheitern der Vorstellungen von Delors, der offenbar geraume Zeit damit gerechnet hatte, daß die Initiatoren des Projekts "Politische Union" (Kohl und Mitterand) soweit wie möglich Sukkus geben würden.

6. Das Nachspiel – oder ein neuer Auftakt?

Der weitere Gang der Dinge ist bekannt. Der Vertrag von Maastricht brachte Fortschritte, aber der Durchbruch zur sogenannten "Politischen Union," den sich Delors und Kohl erhofft hatten, blieb auf der Strecke. Dieses substanzielle "Left Over" von Maastricht wurde auch in Amsterdam nicht zur Zufriedenheit der seinerzeitigen Initiatoren bewältigt. Stattdessen blieben vergleichsweise eher mickrige Left Overs auf der Tagesordnung, die sich vor allem auf die relative Machtverteilung zwischen den Mitgliedstaaten bezogen, und nicht zuletzt darum ging es dann in Nizza.

Einen neuen Impuls gab es dann allerdings im vergangenen Jahr 2000; er ist mit den Namen Joschka Fischer, Jacques Chirac und einigen anderen verknüpft, aber im besonderen auch wieder mit dem von Jacques Delors. Fischer brachte eine "Finalitätsdiskussion" in Gang, in der die Begriffe "Föderation," "Verfassungsvertrag" und Gravitationskern" eine Schlüsselrolle spielten.[15] Nicht allen Kommentatoren war klar, das wesentliche Elemente seiner Initiative französische Ideen aufgriffen und auf mehr oder weniger subtile Weise mit deutschen Vorstellungen zu vermitteln suchten. Fischer knüpfte beispielsweise markant an ein Le-Monde-Interview mit Jacques Delors an, das am 19. Januar 2000 erschienen war und für eine Kernbildung innerhalb der EU in Gestalt einer "Föderation von Nationalstaaten" plädierte, die – auf Basis eines neuen Vertrags im Vertrag – im Dienste der Bürger vor allem die Verantwortung für innere und äußere Sicherheit zu übernehmen hätte – von der wirtschaftlichen Sicherheit (mit Hilfe der WWU) über die militärische bis zur Lebensmittel-Sicherheit...

Delors hatte allerdings diese Ideen nicht aus dem Ärmel geschüttelt. Schon einige Jahre zuvor hatte er, alsbald nach dem Ende seiner Amtszeit als Kommissionspräsident, in dem selben Sinn plädiert: die "Schaffung einer echten Politischen Union," mit einem "föderalen Ansatz." Eben deshalb lancierte er "die Formel von der Föderation der Staaten und Nationen," die zur Sache derer werden müsse, die das wollen, und das seien nun einmal nicht alle Mitgliedstaaten.[16]

Aber zugleich plädierte er auch noch einmal für seine sozialphilosophischen und gesellschaftspolitischen Ideen: der Gemeinsame Markt sei immer nur "ein Mittel zum Erreichen eines viel größeren Zieles" gewesen: "der Verteidigung und Darstellung eines Modells, das auf einem doppelten Gleichgewicht beruht – zwischen dem Individuum und der Gesellschaft einerseits und zwischen dem freien Spiel der Marktkräfte und den Mechanismen der Zusammenarbeit andererseits. Die Gemeinschaft beruhe auf "den drei Pfeilern Wettbewerb,

---

[15] Vgl. Joschka Fischer, Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration, in: "Integration," Jg. 2000 Heft 3, S. 149ff.; dazu Heinrich Schneider, Alternativen der Verfassungsfinalität: Föderation, Konföderation – oder was sonst?, in: ebd., S. 171ff.

[16] Jacques Delors, Europa muß sich reformieren, in: Internationale Politik, Jg. 1995 Heft 9, S. 12ff.

Zusammenarbeit und Solidarität"; würde dies in Frage gestellt, dann "würde sich ein tiefer Abgrund in Europa auftun."[17] Das klingt pathetisch. So starke Worte mögen jedoch ihren Sinn haben, wenn der, der sie verwendet, davon überzeugt ist, daß Schicksalsfragen anstehen.

7. ...und die Methode?

Noch eine letzte Anmerkung: Was hat es denn nun mit der "Methode" für eine Bewandtnis?

Die Frage stammt zwar nicht von mir, die Wendung "Mensch und Methode" ist wohl in Anlehnung an die Ausschreibung des Jean-Monnet-Vortrags von Wolfgang Wessels von den Veranstaltern vorgeschlagen worden... Einige wenige Sätze möchte ich dazu doch noch zur Diskussion stellen.

Delors ist nicht der Erfinder einer methodisch reflektierten Integrationsstrategie – so wie Jean Monnet das war. Der sogenannte Neofunktionalismus ist ja nichts anderes als die Rationalisierung und Systematisierung der "Methode Monnet."

Jacques Delors denkt "philosophisch," und zugleich "synthetisch." Und er praktiziert die "klassische" Verfahrensweise der Politik:

- man muss klare Prinzipien und Ziele haben, und wissen warum;
- zugleich muß man die Zeichen der Zeit erkennen, die jeweils gegebene Situation begreifen und sie sich, wenn nötig, von Experten analysieren lassen ;
- zudem muß man die jeweils gegebenen Chancen identifizieren, klug und mutig nutzen.

Für die alteuropäische politische Philosophie ist die Klugheit die Kerntugend der Politik...[18]

Manchmal muß man auch lernen: *"die Verhältnisse, die sind nicht so."* Dann darf man aber nicht verzweifeln. Es gibt zwar keine Garantie für den Erfolg. Es gibt jedoch auch keine Erlaubnis zur Resignation. Das sollten diejenigen, denen die europäische Einigung im Zeichen von Freiheit, rechstaatlicher Demokratie und Solidarität am Herzen liegt, von Jacques Delors lernen.

---

[17] Ebd.

[18] Für Thomas von Aquin ist "Politica" schlichtweg die "recta ratio agibilium ciernca bona vel mala totius multitudinis civilis" (Ethikkommentar VI, 7b).

Authors: Heinrich Schneider

Title: Jacques Delors: Mensch und Methode

Reihe Politikwissenschaft / Political Science Series 73

Editor: Christine Neuhold
Associate Editor: Gertrud Hafner

ISSN: 1605-8003
© 2001 by the Department of Political Science, Institute for Advanced Studies (IHS),
Stumpergasse 56, A-1060 Vienna • ☎ +43 1 59991-0 • Fax +43 1 5970635 • http://www.ihs.ac.at

ISSN: 1605-8003